Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jeder Zeit Bestellungen entgegen. Geschäftsstelle, nehmen zu Gewalt, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesendter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 278 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 28. November 1932

Politik gegen Wirtschaft.

„Ruhe tut uns not und nochmals Ruhe, damit das Vertrauen langsam wieder zurückkehren kann. Es ist ein Verbrechen an der Wirtschaft, der Nährmutter der Menschen, wenn durch dauernde politische oder wirtschaftliche Beunruhigung ihr die Möglichkeit entzogen wird, sich zu entfalten." Dieser geradezu flehende Stoßseufzer aus dem Munde eines unserer bekanntesten Großindustriellen klingt wie ein Hilferuf, weil wieder und wieder politische Wassermassen die zarten Keime wirtschaftlicher Besserung zu überfluten scheinen, — oder vielmehr es immer wieder tun! Fast eindruckslos blieb es im Lärm der politischen Auseinandersetzungen während der vergangenen Woche, daß die langsam gesunkene Arbeitslosenziffer nun wieder nach oben kletterte, weil die saisonmäßigen Wintereinflüsse sich stärker bemerkbar machten als die allmählich sich belebende Beschäftigung in den anderen Wirtschaftszweigen. Nur ein sehr magerer Trost ist es, daß im ganzen genommen in diesem Spätherbst die Beschäftigungslosigkeit längst nicht in dem großen Umfange stieg wie im vergangenen Jahr, als die Erwerbslosenziffer geradezu in Sprüngen anstieg. Um soviel besser aber wäre es schon mit uns und bei uns wirtschaftlich bestellt, wenn nicht wie ein dunkler drohender Druck die innenpolitische Unruhe und Beunruhigung die „Nährmutter der Menschen" am Vorwärtsschreiten behinderte!

Politik gegen Wirtschaft, — hierin liegt ja auch im ganz großen Rahmen der Weltwirtschaft ein Grund, vielleicht der Grund für die „Krise des Kapitalismus", wovon man nun seit Jahren spricht und schreibt. „Die Verfälschung der wirtschaftlichen Folgerichtigkeit des Kapitalismus durch die Politik in der Ausgangspunkt allen Übels gewesen", äußerte jetzt in bitterer Anklage der Leiter einer unserer größten Banken, und spitzt das zu in dem Satz, daß es sich gegenwärtig nicht um eine Krise des Kapitalismus, sondern um eine Krise der Politik handele. Das ist nun aber auch wieder zu viel gesagt, denn in der Krise befinden sich — beide, Politik ebenso wie Wirtschaft. Diese wie jene sind Äußerungen menschlichen Handelns und daher unvollkommenes Stückwerk. Das „entschuldigende" Wort von der Not, die kein Gebot kenne, hat hüben wie drüben zu Erscheinungen geführt, auf die ein anderes Wort paßt: Korruption. Und sie geht nicht bloß den Weg von der Politik zur Wirtschaft, sondern weiß auch sehr wohl den umgekehrten Weg zu finden. Das „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ist eine Forderung, die zwar sehr laut erhoben, aber nur in recht beschränktem Umfang beachtet wird. Und erfreulicherweise empfindet man es in Deutschland immer noch als ein besonders übles Vergehen, wenn ein Diener der Allgemeinheit, des Staates den Eigennutz allein oder allzu laut sprechen läßt. Aber wir wissen auch — und nichts ist da, uns diese Überzeugung zu zerstören —, daß es sich hier immer nur um Einzelfälle, um Ausnahmen handelt.

Andererseits ist es eine nicht minder große Selbstverständlichkeit für die Allgemeinheit, zu fordern, daß „die Führung der privatwirtschaftlichen Gebilde im Einklang mit den Bedürfnissen des Allgemeinwohls erfolgt". Diese Verpflichtung ist dann besonders groß, auf sie ist besonders dann hinzuweisen, wenn man sich mit Recht — wie es der Reichsverband der Deutschen Industrie jetzt wieder tut — sehr deutlich darüber beklagt, daß die „von der Privatwirtschaft erwartete Initiative und Risikofreudigkeit durch nichts mehr gehemmt werden als durch eine ständige innenpolitische Beunruhigung". Der Reichsverband will sich seinerseits aber keineswegs in die Politik mischen, wenn er daran das Verlangen schließt, die gegenwärtige Unsicherheit durch ein „stabiles Regierungsfundament" zu ersetzen. Wie soll man denn schließlich auch „die Kredite auftauen" oder gar beleben, wie soll eine stärkere Unternehmungslust sich zeigen, wenn das Vertrauen sich nicht hervorwagen kann, daß wir endlich eine nicht mehr so vielen politischen Störungen und Beunruhigungen unterliegende Zukunft vor uns haben! Wie soll Vertrauen in der Wirtschaft als der „Nährmutter der Menschen" sich einstellen, wenn von der Seite der Politik her das Risiko unerträglich vergrößert wird! Allerdings sollte man sich bei der Wirtschaft nun auch nicht für all und jeden Schaden gleich auf die Politik herausreden.

Hüben und drüben sind ja letzten Endes die Menschen selbst das Entscheidende und die Entscheidenden, nicht aber irgendein „Etwas" oder ein „—ismus". Und beim Menschen ist anzufangen, wenn es besser werden soll, — in der Politik ebenso wie in der Wirtschaft und in dem Verhältnis beider zueinander.

Der russisch-polnische Nichtangriffspakt ratifiziert.

Der polnische Staatspräsident Moscicki hat den in Moskau zwischen Polen und Sowjetrußland unterzeichneten Nichtangriffsvertrag ratifiziert. Es ist das erste Mal, daß ein Vertrag mit einer auswärtigen Macht nicht, wie in der Verfassung vorgesehen, durch den Sejm, sondern durch den Staatspräsidenten ratifiziert wurde.

Politischer Waffenstillstand?

Notregierung für den Winter.

Die Entscheidung des Reichspräsidenten darüber, wer an der Spitze der neuen Reichsregierung stehen soll, wird erst in einigen Tagen fallen. Man rechnet damit, daß etwa am Dienstag Herr von Hindenburg den neuen Reichskanzler ernennen wird.

Inzwischen wird, wie in politischen Kreisen verlautet, der Reichspräsident

nochmals vertrauliche Besprechungen mit den Parteiführern

haben, um festzustellen, welche Haltung die Parteien etwa einem anders zusammengesetzten Präsidialkabinett gegenüber einnehmen würden. Darüber hinaus gehen Versuche,

einen politischen Waffenstillstand für die nächsten Monate

herbeizuführen, für den sich vor allem namhafte Wirtschaftsführer einsetzen.

Der Zweck eines solchen Waffenstillstandes wäre es, zunächst mindestens über die Monate Dezember und Januar ohne neue Krise hinwegzukommen. Bei dem Waffenstillstand wird daran gedacht, daß auf politischem Gebiet weittragende Pläne, wie etwa die Verfassungsreform, zurückgestellt und Ausschreitungen des politischen Kampfes verhindert, und daß auf wirtschaftlichem Gebiet alle Anstrengungen auf Arbeitsbeschaffung und Verringerung der Arbeitslosigkeit gerichtet werden.

über die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers

tauchen in der Öffentlichkeit wieder allerhand Gerüchte auf. Neben Herrn von Papen, gegen den sich namentlich das Zentrum und die Bayerische Volkspartei wenden, werden Reichswehrminister Schleicher und Reichsaußenminister von Neurath als favorisierte Kanzlerkandidaten genannt. Herr von Schleicher soll allerdings wenig Lust verspüren, das Kanzleramt zu übernehmen, und bei Herrn von Neurath wird geltend gemacht, daß er sich bisher wenig um innenpolitische Fragen gekümmert habe. Immerhin ist es beachtenswert, daß Herr von Neurath am Sonnabend Genf verlassen hat, wo er Deutschland auf einer Tagung des Völkerbundrates vertrat, um sich nach Berlin zu begeben. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß seine Rückkehr nach der Reichshauptstadt mit der Frage der Regierungsbildung in Zusammenhang gebracht werden kann. Natürlich sind auch Überraschungen bei der Ernennung des neuen Kanzlers nicht ausgeschlossen.

*

Unterredungen mit von Papen und Schleicher?

Keine offiziellen Besprechungen über die Regierungsbildung.

Am Sonntag haben keine offiziellen Besprechungen über die Regierungsbildung stattgefunden. Amtlicherseits konnte auch nicht bestätigt werden, daß streng vertrauliche Besprechungen privaten Charakters gepflogen worden sind. „Der Montag" berichtet, daß der geschäftsführende Reichskanzler von Papen und Reichswehrminister General von Schleicher Besprechungen mit verschiedenen politischen Persönlichkeiten gehabt haben. Diese Besprechungen sollen noch fortgesetzt werden. Die „Montagspost" spricht von Sondierungen, die der Kanzler und der Wehrminister eingeleitet hätten. Diese Sondierungen gingen besonders dahin, wie die Wirtschaftskreise, die Gewerkschaften und die Parteien sich zu der Lösung Papen und der Lösung Schleicher, zwischen denen beiden der Reichspräsident nach wie vor nur wählen dürfte, verhalten würden.

*

Freiherr von Neurath,
der Reichsaußenminister, wird bei den Verhandlungen um die Neubildung der Regierung vielfach genannt.

Zentrumserklärung zur Besprechung Kaas-Hugenberg.

Die Pressestelle der Deutschen Zentrumspartei stellt zu den Besprechungen, die der Parteiführer Kaas mit Hugenberg hatte, u. a. folgendes fest: Kaas hat die Parteiführer zur Beratung eines Sachprogramms aufgefordert mit dem selbstverständlichen Ziel, eine Mehrheit für ein solches Programm zu gewinnen. Ohne dieses Ziel hätten diese Bemühungen nur theoretische, aber keine realpolitische Bedeutung gehabt. Bei Hugenberg hat Kaas auf diese klare Frage eine ablehnende Antwort bekommen, wie ja auch in dem von der Deutschnationalen Volkspartei herausgegebenen Bericht über diese Besprechungen mit aller Deutlichkeit selbst festgestellt wird. Bei der Ablehnung hat Hugenberg sich auf die Vorgänge des Jahres 1927 berufen, ohne daß dazu eine sachliche Berechtigung gegeben war. Kaas hat das Nein Hugenbergs in seinem Bericht an den Reichspräsidenten pflichtgemäß festgestellt.

*

Hitler über das Scheitern der Verhandlungen.

Zum ersten Male nach dem Scheitern der Verhandlungen über die Neubildung des Reichskabinetts sprach Adolf Hitler im Rahmen einer Kundgebung der Nationalsozialisten für die thüringischen Kommunalwahlen in Weimar. Hitler sagte u. a.: Wenn eine Rettung Deutschlands gelingen solle, dann nur, wenn sie von vornherein ehrlich gemeint sei. Man solle sich aber niemals an ihn, Hitler, wenden, wenn man nicht bereit sei, den Weg zu gehen, den er für richtig halte. Die Bewegung des Nationalsozialismus habe nicht nur ihren eigenen Sinn, sondern auch ihren eigenen Zweck und ihre eigene Aufgabe. Sie sei nicht ins Leben gerufen worden, damit andere mit ihr Politik treiben könnten. Es sei ein Trugschluß gewesen, wenn man angenommen habe, ihn mit halben Befugnissen auszustatten und mit Fesseln zu behängen, die das ganze Werk der nationalen Erhebung doch nur zum Mißlingen verurteilt hätten. Er würde sich niemals eine solche Rolle aufoktroyieren lassen, die am Ende nichts anderes wäre, als die eines Agenten zwischen der Obrigkeit und der Volksvertretung. Man habe ihm

nur beschnittene Rechte zuerkennen,

andererseits aber die seit 40 Jahren größte staatsmännische Aufgabe stellen wollen. Er habe ein ehrliches Angebot gemacht, sei nach wie vor zu jeder Stunde bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Wenn ein neues Kabinett komme, so werde man sich in wenigen Monaten zum dritten Male an die Nationalsozialisten wenden müssen. — Anschließend erklärte Dr. Goebbels, daß kein Nationalsozialist ein Ministeramt übernehmen würde, wenn nicht Hitler an der Spitze des Kabinetts stehe. Erst wenn die Not ihren Höhepunkt erreicht habe, werde man wieder Hitler rufen. Dann aber würden seine Bedingungen um so schwerer sein. Jedes Kabinett ohne Hitler als Kanzler werde von den Nationalsozialisten auf das schärfste bekämpft werden.

Polnische Niederlage in Genf.

Der Angriff auf den Danziger Gulden erfolgreich abgeschlagen.

In Genf wurde durch den Danziger Staatspräsidenten Ziehm und den polnischen Außenminister Beck ein Abkommen unterzeichnet, in dem sich die Warschauer Regierung verpflichtet, ihre vertragswidrig erlassene Verordnung, nach der vom 1. Dezember ab an allen Eisenbahnschaltern auf dem Gebiet der Freien Stadt nur in polnischer Zlotywährung gezahlt werden sollte, nicht in Kraft zu setzen. Die Danziger Regierung hat infolgedessen ihren Antrag beim Völkerbundrat zurückgezogen. Wenn Polen auch trotz dieses Abkommens auf seine Pläne, Danzigs Hoheitsrechte allmählich zu beseitigen, nicht endgültig verzichtet, so bedeutet doch die plötzliche Aufgabe des Zlotydiktats eine schwere Niederlage der Warschauer Machthaber.

Polen hat in Genf diesen Rückzug angetreten, bevor noch der vom Völkerbundrat eingesetzte Juristenausschuß sein Gutachten abgeben konnte, in dem unzweifelhaft ein Bruch der Vertragsbestimmungen und ein direkter Angriff Polens gegen die Lebensinteressen Danzigs festgestellt worden wäre. Polen ist wohlweislich diesem peinlichen Spruch, wie auch der öffentlichen politischen Aussprache im Schlosse des Völkerbundrates aus dem Wege gegangen und hat es vorgezogen, mit der Freien Stadt selbst ein Entspannungsabkommen zu treffen. In diesem Abkommen verpflichtet sich Warschau ferner, sich an

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF